
2427/J-BR/2006

Eingelangt am 25.07.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Bundesräte Wiesenegg

und GenossInnen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend Konzeptentwurf des Bundesministeriums für Finanzen zur Erhöhung der Abgaben für Wasserkraftwerke

In den heutigen Zeitungen waren folgende Berichte zu diesem Thema zu lesen:

"Der Standard" vom 25.07.2006

Seite: 17

Ressort: Wirtschaft

Bundeskärnten, Abend, NÖ, Bundesländer, Morgen

Streit um Steuer auf Wasserkraft Landeshauptleute kontern Grasser

Wien - Nach Angaben der Landeshauptleute Oberösterreichs und Vorarlbergs, Josef Pühringer und Herbert Sausgruber (beide VP), gibt es im Finanzministerium Pläne, die Wasserkraft höher zu besteuern. Beide lehnen dieses Vorhaben vehement ab. Pühringer sprach am Montag in einer gemeinsamen Aussendung der zwei Landeshauptleute von einer "absolut inakzeptablen Geldbeschaffungsaktion des Ministeriums auf Kosten der Länder".

Laut Pühringer und Sausgruber beabsichtigt das Finanzministerium die Nutzung von Flächen des öffentlichen Wassergutes zusätzlich zu belasten. Bisher wird eine Jahrespacht eingehoben, deren Höhe sich nach der in Anspruch genommenen Bodenfläche eines Kraftwerks richtet. Das neue Modell soll sich nun aber nicht mehr an der Bodenfläche, sondern am Erlös der Anlagen orientieren.

Laut Sausgruber wären die Mehrkosten beträchtlich und würden allein für die Illwerke Montafon und die Vorarlberger Kraftwerke (ohne die Region Walgau) eine Million Euro ausmachen.

"Unsere Wasserkraft befindet sich im Wettbewerb mit der Atomkraft und fossilen Energieträgern und durch die EU-Wasserrahmenrichtlinie unter zusätzlichem Kostendruck. Weitere einseitige Belastungen der Wasserkraft werden daher strikt abgelehnt." (APA)

"Tiroler Tageszeitung" Nr. 170- TU vom 25.07.2006 Seite: 10
Ressort: Wirtschaft

Grasser will Länder bei Wasserkraft anzapfen

Das Finanzministerium plant neue Belastungen für die Wasserkraft. "Spürbar teurer" würde das den Strom in Tirol machen, sagt Tiwag-Chef Wallnöfer.

INNSBRUCK/WIEN (wer). Eine Million Euro pro Wasserkraftwerk und Jahr sollen schon bald in den Topf von Karl-Heinz Grasser fließen, schlugen gestern die Landeshauptleute von Oberösterreich und Vorarlberg, Josef Pühringer und Herbert Sausgruber, Alarm. Der Finanzminister plant neue Abgaben für die Nutzung von öffentlichen Wasserflächen. Künftig sollen statt einer bisher vernachlässigbaren Jahrespacht dann Gelder abhängig vom Erlös der einzelnen Anlagen abfließen.

"Der Bund will sich hier als Mitunternehmer einschleichen", sagt Tiwag-Vorstand Bruno Wallnöfer. Derartige Abflüsse stünden nur dem zu, der auch investiere.

"Ein Kuckucksei"

"Das ist die Chuzpe an der Sache. Der Bund als Verpächter schlüpft in die Rolle des Beteiligten - wie ein Kuckucksei", ärgert sich Wallnöfer. Er erklärt, die Tiwag würde das neue Modell mehrere Millionen Euro kosten, "die man direkt auf den Strompreis abwälzen müsste". Den Standort- und Wasserkraftvorteil Tirols würde der Vorschlag zunichte machen, der Strompreisvorteil ginge verloren. Für die Konsumenten käme es im Fall einer Einführung zu einer "spürbaren" Verteuerung.

Gemeinsam mit Herwig van Staa will Wallnöfer vehement gegen die Grasserschen Wasserkraftpläne vorgehen. "Der Landeshauptmann ist wie ich ein Hardliner. Über eine Nachziehung der bestehenden Pacht können wir reden, über diesen brutalen Methodenwechsel nicht."

Schluss mit schenken

Eine "Angleichung an marktwirtschaftliche Verhältnisse, die schon lange hintansteht", nennt den Plan des Finanzministers dessen Sprecher, Manfred Lepuschitz. Es ginge nicht darum, eine neue Steuer einzuführen, sondern den bisher vernachlässigbar geringen Pachtzins auf ein angemessenes Niveau zu bringen. "Denn dass der Bund sein Eigentum nicht herschenken darf, schreibt schon das Haushaltsrecht vor", erläutert Lepuschitz. Bislang existiere ein nur Konzeptentwurf, ein Datum für das Inkrafttreten stehe noch nicht fest.

Bodner: "Frechheit"

Hannes Bodner entsetzt dieses Wiener Ansinnen. "Es ist vollkommen wurscht, wie das genannt wird, ob Steuer oder Pachtzinsanhebung," ärgert sich der Tiroler Wirtschaftslandesrat. Eine inakzeptable Geldbeschaffungsaktion sei es allemal. "Das ist einfach eine Frechheit. Wir sind damit nicht einverstanden", betont Bodner. Mit dem Land Tirol seien die Pläne Grassers in keiner Weise akkordiert, hält er fest.

1 Mio. Euro pro Kraftwerk soll künftig in Grassers Topf fließen. Wallnöfer: "Den Wasserpreisvorteil vernichten."Foto: APA/Fischer

Da es sich bei diesem Thema, wie die Reaktionen der Landeshauptleute zeigen, um eine äußerst sensible Angelegenheit für die Bundesländer handelt, richten die unterzeichneten Bundesräte an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage:

1. Wie lautet der von Ihrem Pressesprecher Manfred Lepuschitz in der Öffentlichkeit bestätigte Konzeptentwurf zur Änderung der Bemessung der Abgaben bzw. der Pachtzinse für Wasserkraftwerke?
2. Wie stehen Sie als Finanzminister zu diesem Konzeptentwurf?
3. Welche Gespräche wurden mit den Vertretern der Bundesländer dazu geführt und was war das Ergebnis dieser Gespräche?
4. Auf welcher Rechtsgrundlage ist das Finanzministerium für die Verhandlung von Pachtverträgen über die Nutzung des öffentlichen Wasserguts zuständig?
5. Welche Zuständigkeit kommt dabei dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zu?
6. Welche Kosten würden für die einzelnen Betreiber von Wasserkraftwerken nach diesem Konzeptentwurf entstehen (bitte aufgeschlüsselt nach Wasserkraftwerken)?
7. Wann soll dieser Konzeptentwurf realisiert werden?
8. Welche Auswirkungen würden sich daraus für die Strom-KonsumentInnen und für die Wirtschaft (insbes. KMU) ergeben?